

Andreas Langenohl

Die Konstellation nach den Massenmedien

Zur Begründbarkeit von Normen öffentlicher Kommunikation

Abstract: This article reads the current crisis of the political public as a crisis of the norms which allow for a critique of public communication. Despite all criticism, the notion of the public sphere proposed by Jürgen Habermas is still a valuable starting point for analysis, offering a social-theoretical foundation for proposing, and reflecting on, norms to judge public political communication; this foundation mainly consists in the reconstruction of the normativity of social practice. The post-mass-media constellation also reveals that political communication cannot be reduced, from a normative or theoretical perspective, to rational argumentation in traditional mass media. The article discusses three practical dimensions of these “new” public spheres and examines them with respect to their normative foundations and the forms of reflection they facilitate: the practice of non-propositional communication as opposed to the practice of argumentation, fictional vs. factual representation, as well as polemical and emotional positioning which deviates from a universalist ‘view from nowhere’.

1 Einführung: Krisen kritischer Öffentlichkeit und ihrer Normen nach den Massenmedien

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Problem, dass Normen einer gelingenden, angemessenen und fairen öffentlichen politischen Auseinandersetzung zunehmend unter Druck geraten. Beispiele für diese Normerosion, die in der massenmedialen Öffentlichkeit in den letzten wenigen Jahren breit bezeugt und diskutiert wurden, sind schnell gefunden. So erklärte die Gesellschaft für Deutsche Sprache den Begriff des ‚Postfaktischen‘ zum Wort des Jahres 2016. „Immer größere Bevölkerungsschichten“, heißt es in der Begründung, „sind in ihrem Widerwillen gegen ‚die da oben‘ bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen bereitwillig zu akzeptieren“ (Gesellschaft für deutsche

Sprache 2016). Die Krisendiagnose lautet also, dass die Norm, die Wahrheit zur angemessenen Geltung zu bringen, in weiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr zu gelten scheint. Ein weiteres Beispiel für eine solche Normerosion bildet der Ausdruck ‚Lügenpresse‘, eine von der Pegida- und anderen rechten Bewegungen propagierte Kampfparole, die sich gegen bekannte Massenmedien, insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, richtete. Er wurde in diesen Massenmedien zum Anlass für die Diagnose genommen, dass die Norm, eine Kritik angemessen vorzutragen, nicht mehr zu gelten scheine. Und ein letztes Beispiel: In Reaktionen auf die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten 2016 wurden Strukturen der digitalen Öffentlichkeit mit dafür verantwortlich gemacht, dass kein realistisches Bild von der Breite der Unterstützung für Trump entstehen konnte. Das Stichwort war hier das der ‚Filterblase‘, d. h. der Selbstabschließung von Gleichgesinnten in virtuellen Räumen, in denen in allzu kuscheliger Manier immer dieselben Meinungen zirkulieren (und die, so weiter gehende Befürchtungen, gezielten ausländischen Manipulationsversuchen offen stünden). Daraus wurde gefolgert, dass die Norm, sich mit der Pluralität von Meinungen, auch von der eigenen abweichen- den, auseinanderzusetzen, nicht mehr zu gelten scheint.

Diese Wahrnehmungen einer Krise, in die der politische Diskurs in der Öffentlichkeit geraten ist, verweisen auf eine *Konstellation nach den Massenmedien*. Mit diesem Begriff soll eine Situation beschrieben werden, in der der Verfall von Normen der politischen Kommunikation unmittelbar zusammenhängt (bzw. sich gegenseitig verstärkt) mit einer Abwanderung dieser politischen Kommunikation weg von den klassischen Massenmedien. Eine solche Abwen- dung breiter Bevölkerungsschichten von den Massenmedien als dem zentralen Ort politischer Kommunikation steht in einer mehr oder weniger expliziten Verbindung mit der Erosion politischer Kommunikationsnormen.

Allerdings stehen diese Kritiken selbst durchaus nicht auf einem völlig festen Fundament. So erweist es sich zunehmend als schwerer werdend, überhaupt Normen zu finden und wirkungsvoll anzurufen, die ein profundes Urteil über die Prozesse öffentlicher politischer Kommunikation ermöglichen würden. Anders gesagt: Die Kritik politischer Öffentlichkeit ist selbst in der Krise, nicht nur die politische Öffentlichkeit. Dies zeigt sich bereits in einer oberflächlichen Reflexion auf die eingangs benannten Kritiken und Selbtkritiken. Der in kriti- scher Absicht vorgebrachte Begriff des ‚Postfaktischen‘ etwa impliziert, dass es einmal eine Zeit gegeben habe, in der sich politische Öffentlichkeit streng an Fakten ausgerichtet habe. Das ist aber so nicht der Fall – mit verfälschenden, einseitigen oder auch unwahren Aussagen wird seit Langem – vielleicht müsste man sogar sagen: schon immer – öffentlich Politik betrieben. Ist das ‚Postfakti-

sche‘ also nicht eigentlich ein unter die Leute gekommener und instrumentell verfügbarer Konstruktivismus? Wie lässt sich die Diagnose ‚Postfaktizität‘ normativ von durchaus gängigen Formen von Fehlinformation unterscheiden, die auch und gerade das Zeitalter der Massenmedien prägten?

Ähnliches gilt für die massenmediale Skandalisierung des Kampfbegriffs der ‚Lügenpresse‘. Denn auf welcher Grundlage will man eine, wenn auch pauschalisierende, Kritik zurückweisen, die sich gegen die Hegemonie der Massenmedien richtet, welche 40 Jahre zuvor aus politisch ganz anderer Richtung kam – nämlich von Alexander Kluge und Oskar Negt (1972) – und welche gerade in der Demokratietheorie eine sehr ehrwürdige Tradition aufrufen kann, nämlich die Kritik der ‚öffentlichen Meinung‘ und der ‚Tyrannei der Mehrheit‘ (Tocqueville 1835; Arendt 2006 [1960]; Rosanvallon 2010)? Schließlich zur ‚Filterblase‘ als einer angeblich digitalen Verfallsform öffentlicher Kommunikation: Auf welcher Grundlage lässt sich kritisieren, dass sich Personen ihre Milieus suchen? Haben wir nicht auch im massenmedialen Feld seit Langem solche Filterblasen? Lesen oder lasen nicht viele von uns vorwiegend diejenigen Zeitungen, die uns politisch nahe stehen? Und mit welchem Recht können Menschen aufgefordert werden, sich andere Meinungen anzuhören?

Krisenbefunde gegenwärtiger politischer Öffentlichkeit sehen sich somit dem Problem ausgesetzt, dass ihre normative Plattform ins Wanken geraten ist. Diese Entwicklungen kennzeichnen die Konstellation nach den Massenmedien, die durch den Begriff der ‚neuen Öffentlichkeiten‘ bislang eher vage, weil allein im Gestus der Abgrenzung, indiziert wird. Gemeint sind mit den ‚neuen Öffentlichkeiten‘ zumeist digitalisierte Kommunikationsformate, aber auch genereller die Tendenz einer zunehmenden Dezentrierung der ‚einen‘ politischen Öffentlichkeit. ‚Neue Öffentlichkeiten‘ erscheinen somit als normativ zunehmend unklarer wie auch theoretisch als zunehmend unübersichtlicher Bereich (vgl. Boyd 2010; Hahn und Langenohl 2017). Die Konstellation nach den Massenmedien bringt diese Krisenerscheinungen aber vielleicht weniger *hervor* als *zur Anschauung*. Oder anders gesagt: Die Konstellation nach den Massenmedien erstreckt sich nicht nur über medientechnische Innovationen politischer Öffentlichkeit, sondern auch auf Veränderungen normativer Prinzipien als Faktoren in öffentlicher politischer Kommunikation. Aus dieser Sicht stehen Begriffe wie der der ‚Postfaktizität‘ in erster Linie für eine Krise der Begründbarkeit von Normen, die die *Qualität* politischer Öffentlichkeit beurteilbar machen.

In diesem Beitrag möchte ich versuchen, einige theoretische Ansatzpunkte zu skizzieren, aus denen man eine Neubegründung von Normen öffentlicher Kommunikation entwickeln könnte. Dabei gehe ich zunächst auf die Besonderheiten einer normativen Theorie öffentlicher Kommunikation in Abgrenzung zu

funktionalistischen Ansätzen ein. Wenig überraschend wird dann eine kurze Darstellung von Jürgen Habermas' entsprechendem Theorieentwurf folgen, wobei ich hierbei insbesondere eine wichtige Leistung seiner Theorie hervorheben möchte: die Leistung nämlich, eine sozialtheoretische Grundlegung von Urteilsnormen bezüglich politischer Öffentlichkeit vorgelegt zu haben. Diese Leistung bleibt auch von Kritiken an seiner Theorie, die ich daraufhin kurz referiere, relativ ungeschmälert. Und doch zeigen diese Kritiken zugleich, dass die spezifische Weise, wie Habermas normative Maßstäbe für die politische Öffentlichkeit generiert, überdacht werden muss, um den Bedingungen öffentlicher politischer Kommunikation nach den Massenmedien zu genügen. Mein Beitrag fordert also im Grunde, die Beschreibbarkeit von Veränderungen politischer Öffentlichkeit in normativen Begriffen und auf sozialtheoretischer Grundlage in die Konstellation nach den Massenmedien hinüberzuretten. In einem letzten Teil versuche ich schließlich, einige derjenigen Punkte zu benennen, an denen eine gegenwartsangemessene theoretische Begründung von Urteilsnormen politischer Öffentlichkeit ansetzen könnte: der Frage der Bildlichkeit in politischer Kommunikation; die Frage der Rolle von Fiktionen in der politischen Öffentlichkeit; und zum Schluss den Aspekt der Emotionalität in politischer Kommunikation.

2 Vom Funktionalismus zur Normorientierung in der Öffentlichkeitstheorie

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ – so Niklas Luhmann (1996, 9) in einem oft bemühten Zitat. Er brachte damit eine in der Soziologie seit Langem vorherrschende Sichtweise auf Massenmedien, und damit auch auf die politische Öffentlichkeit als einem Teilbereich, auf den Punkt: nämlich dass massenmediale Kommunikation eine Bindefunktion in Gesellschaften erfüllt, die sich durch zunehmende strukturelle, institutionelle und lebensweltliche Heterogenität auszeichnen. Durch die Massenmedien kommt die Gesellschaft als ein Gesamtkonstrukt, welches in Bezug auf ihre einzeln ausdifferenzierten Bestandteile immer abstraktere Gestalt annimmt, wieder in symbolische Reichweite. Diese Sichtweise hat man als funktionalistisch bezeichnet, weil die Generalfrage lautete, welchen bestandssichernden Anteil massenmediale Kommunikation – und wie gesagt: darunter auch der Teilbereich der politischen Öffentlichkeit – für moderne Gesellschaften hat. So ist, wie man sagen könnte, die soziologische

Öffentlichkeitstheorie ein Kind der Ära der Massenmedien und zugleich ihre Reflexionsinstanz. Dies zeigte sich schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert, etwa bei Herbert Spencer (1885), Émile Durkheim (1999, 111–155) und Robert Ezra Park (1924), denen zufolge moderne, arbeitsteilige Gesellschaften im Medium der Kommunikation Anschlüsse zwischen ihren Teilbereichen sichern. Besonders Park betonte dabei die funktionale Rolle der Presse als Aufklärerin über die gesamtgesellschaftliche Figuration, die dem einzelnen, in seinem Milieu verstrickten Individuum anders gar nicht zugänglich sein könnte, und sah die Soziologie daher in wissenschaftlicher Nachfolge des Journalismus – als eine „Soziologie aus der Erfahrung der Reportage“, wie Rolf Lindner (1990) es einmal nannte.

Nun musste man nicht auf die gegenwärtige Konstellation nach den Massenmedien warten, um die Grenzen dieses Theoriekonzepts aufgezeigt zu bekommen. Die funktionalistischen Öffentlichkeitsmodelle sahen sich spätestens seit der klassischen Kritischen Theorie und der bekannten These der ‚Kulturindustrie‘ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (1992, 128–176) der Kritik ausgesetzt, einseitig auf die Bestandserhaltung einer (schlechten) gesellschaftlichen, hegemonialen Ordnung bezogen zu sein. Diese Kritik hatte ihrerseits eine lange Tradition in Form einer Kritik der öffentlichen Meinung und der Tyrannie der Mehrheit bei Tocqueville oder der Kritik des „außengeleiteten Charakters“ bei David Riesman (1958, 37–40), um nur zwei prominente Beispiele zu nennen. Diese Kritik stellte daher heraus, dass die Massenmedien letztlich eine depolitisierende Wirkung auf ihre Rezipienten ausübten, gerade indem ihre Inhalte einseitig an der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung orientiert seien.

Es hat seitdem einige Versuche gegeben, diese beiden soziologischen Sichtweisen auf massenmediale Kommunikation und ihre politischen Implikationen miteinander zu verknüpfen. Ein bekanntes Beispiel ist dasjenige der Cultural Studies, die den Unterhaltungsmedien eine subtil politische Funktion attestierten, insofern Gesellschaftsmitglieder ihre Inhalte nicht rein passiv aufnahmen, sondern aneigneten, umdeuteten und politisierten (Williams 1972 [1958]; Göttlich 2017). Ein anderer Versuch wurde indes von Jürgen Habermas vorgelegt – und ich werde nun begründen, warum ich diesen Versuch so interessant finde.

3 Die normative Begründung politischer Öffentlichkeit bei Jürgen Habermas

Bei Habermas wird die funktionalistische Sichtweise ebenso wie eine einseitige Kritik öffentlicher Kommunikation als immer schon affirmativ überwunden und durch ein Öffentlichkeitsmodell ersetzt, welches die Möglichkeit zulässt, über Kommunikationsprozesse Geltungsstrukturen zu rekonstruieren, die nicht auf die funktionalen Erfordernisse des Gesellschaftssystems reduzierbar sind. In dem Habermas öffentliche Kommunikation als politische Deliberation entwarf, kombinierte er die sozialen Bindungskräfte öffentlicher politischer Kommunikation mit einer Absage an das Argument, diese könnten nur dem Erhalt des Gesellschaftssystems dienen – stattdessen konstituiere sich öffentliche politische Kommunikation gerade in Abgrenzung von den Zwängen des Systemerhalts. Öffentliche Kommunikation habe deswegen ein transformatives Potenzial. Insofern von Habermas das Wesen des Systemerhalts in Prozessen normfreier Sozialität gesehen wird, ist die maßgebliche Differenz zu dessen Imperativen des Systemerhalts eine Orientierung an Normen. Das Ziel dieses Theorieversuchs war es, zu einem Verständnis der normativen Selbststeuerungsfähigkeit moderner demokratischer Gesellschaften zu gelangen und zugleich Kriterien für mögliche Kritiken formulieren zu können, wenn die politische Öffentlichkeit nicht denjenigen Ansprüchen genügte, die ihre eigene Existenzgrundlage sind.

Mein Hauptgrund, hier, wie schon Andere (Romahn 2006; Bernstein 2012), erneut auf Habermas' Theorie zurückzukommen, besteht also darin, dass er in meinen Augen ein wichtiges metatheoretisches Fundament für ein Verständnis der Bedeutsamkeit von Normen für die politische Öffentlichkeit gelegt hat: Er hat eine Theorie öffentlicher Kommunikation vorgelegt, die an der symbolisch-materialen und zugleich normativen Praxis von Kommunikation ansetzt und Urteilsnormen reflektieren kann, insofern ihr das Argument zugrunde liegt, dass Kommunikation selbst auf dem Prinzip normativer Geltung beruht.

Die Habermas'sche Theorie politischer öffentlicher Kommunikation fußt auf sozialhistorischen wie auch -theoretischen Erörterungen, die er vor allem in *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1962) und den beiden Bänden der *Theorie des kommunikativen Handelns* (1981a; 1981b) vorstellte. Die erste Monografie legte den Schwerpunkt auf die historische Rekonstruktion der Herausbildung einer bestimmten normativen Konstellation öffentlicher Kommunikation in Form eines räsonierenden Bürgertums. Habermas argumentierte hier, dass seit dem 17. Jahrhundert mit der Herausbildung einer bürgerlichen, ihren Abstand vom Staat wahrenenden Sphäre öffentlicher Kommunikation – in Form nicht allein

politischer Schriften, sondern auch literarischer Werke – erstmals in der Geschichte die Norm eines sachorientierten, von der Sprecherperson ablösbaren, andere Meinungen in Rechnung stellenden – kurz: argumentativ rationalen – kommunikativen Austauschs als regulative Idee wirksam geworden sei. Das Argument besagt daher nicht, dass diese Art der Kommunikation unter Abwesenden im Medium der zunehmend sich verbreitenden Journale, Zeitschriften und Schriftenreihen immer und unter allen Umständen im beschriebenen Sinne rational gewesen wäre – es besagt vielmehr, dass sich die Norm stabilisiert habe, dass öffentliche Kommunikation idealerweise so zu sein habe. Die Existenz und Stabilisierung einer solchen Norm hat für Habermas nicht zuletzt auch eine soziologische Bedeutung. Denn *als Norm* – d. h. als Geltungsanspruch, der durch Nichtbeachtung nicht einfach aus der Welt geschafft werden kann (vgl. Langenohl 2014) – hat das Prinzip argumentativ rationaler Kommunikation über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse eine wesentlich größere Reichweite denn als empirisches Faktum. Zentral ist bei diesem Prozess somit die Möglichkeit einer *Kritik* öffentlicher Kommunikation, wenn sie dieser Norm nicht entspricht.

In seiner Weiterbeschäftigung mit der Grundlegung einer solchen Norm gab sich Habermas indes nicht mit rein geschichtlichen Erwägungen zufrieden (zu denen u. a. sicherlich ein erstarkendes Selbstbewusstsein des Bürgertums als zunehmend ihrer selbst gewahr werdenden wirtschaftlichen Säule des modernen Nationalstaats gehörte, woraus sich letztlich wiederum auch ein Machtanspruch begründete). Vielmehr – und dies bildet den Kern der *Theorie des kommunikativen Handelns* (Habermas 1981b) – suchte er nach einer sozial- und gesellschaftstheoretischen Begründung für die Norm rationaler, am Argument orientierter öffentlicher Kommunikation, und gelangte zu einer Modellierung, die eine Grundlegung von Normativität in Sprachhandlungen mit einer Theorie gesellschaftlicher Entwicklung in Verbindung brachte.

Die Norm rationaler Argumentation an sich war durchaus keine Erfindung der Frühmoderne. Max Weber (1991) hatte die Wurzeln einer solchen kulturellen Rationalisierung in den großen Religionssystemen der Welt erblickt, vor allem in den Buchreligionen, die allesamt früher oder später (etwa in Form von Theologien) begonnen hätten, ihre eigenen Glaubensgründe auf Prinzipien zu bringen, die nachvollziehbar sein sollten. Dieses Auf-Prinzipien-Bringen ist im Grunde der Kern argumentativer Rationalität im Sinne Habermas', d. h. der Darlegung der Verallgemeinerungsfähigkeit und daraus abgeleiteter Tragfähigkeit von Geltungsansprüchen. Dieses argumentative Potenzial, das schon Weber beschreibt, wurde von Habermas mit der Struktur der Sprache als wichtigstem menschlichem Symbolsystem in Verbindung gebracht. In sehr grober

Verkürzung lässt sich Habermas' diesbezügliche Argumentation dahin gehend zusammenfassen, dass sprachlich-symbolische Bedeutung eine normative Struktur habe, d. h. sprachlicher Austausch nur dann funktioniere, wenn alle Beteiligten von einer allgemeinen und verbindlichen Zuschreibung der Bedeutung einzelner Wörter und Sprechakte ausgehen können – selbst dann, wenn dies nicht in jedem Einzelfall gelingt. Insofern sprachliche Bedeutung also auf soziale Konventionen zurückgeht, demonstriert sie zugleich die Tragfähigkeit normativer Geltung bei der Handlungskoordination. Insbesondere bietet die Sprache die Möglichkeit, ihre eigene Geltung zu thematisieren, d. h. in einen Diskurs über Geltungskonventionen einzutreten, sodass es möglich wird, die Struktur von Bedeutung und Argumenten selbst der kritischen Reflexion zugänglich zu machen (Habermas 1981b, 109–117).

Die Frage ist nun noch, unter welchen Umständen dieses argumentativ rationale Potenzial, das der Geltungsstruktur der Sprache selbst innewohnt, zu gesamtgesellschaftlicher Geltung gebracht werden kann – wie es, Habermas zufolge, eben in der frühen Moderne in Europa der Fall war. Sein Theorievorschlag läuft darauf hinaus, die Gesamtentwicklung moderner Gesellschaften als einen Prozess der Differenzierung von zwei Typen von Handlungsorientierungen zu kennzeichnen, nämlich instrumentelle und solche, die er kommunikative nennt. Instrumentelle Handlungsorientierungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich nicht für die Absichten, Motive und Interessen Anderer interessieren, sondern sich allein an den beobachteten Folgen der Handlungen Anderer ausrichten. Beispiele hierfür sind etwa ökonomische Entscheidungen, die sich an Marktpreisen orientieren, oder politisch-administrative Entscheidungen, die sich an Machtverhältnissen ausrichten. Kommunikatives Handeln hingegen ist in seinem Ablauf an den von Anderen artikulierten Absichten, Motiven und Interessen orientiert – es ist, so Habermas, *verständigungsorientiert* (1981b, 135), d. h. auf Einsicht in die Motive des Anderen, ihre mögliche Berechtigung und einen darauf basierenden Konsens hin ausgerichtet. Mit der Ausdifferenzierung des modernen Verwaltungsstaates und der modernen kapitalistischen Wirtschaft werden instrumentelle Handlungsorientierungen zunehmend in diese beiden institutionellen Komplexe (die daraufhin zunehmende Eigendynamiken entwickeln) ausgelagert. Komplementär hierzu werden die unmittelbaren Handlungs- und Sinnkontakte der Gesellschaftsmitglieder – das, was Habermas als ihre Lebenswelt bezeichnet – von instrumentellen Handlungsorientierungen befreit, sodass sich das Potenzial argumentativer Rationalität im kommunikativen Handeln, welches grundsätzlich in der Geltungsstruktur der Sprache angelegt ist, entfalten kann (1981b, 268f.). Dementsprechend betont Habermas, dass für ihn die Herausbildung einer öffentlichen Sphäre rationaler politischer De-

liberation nur dann stattfinden kann, wenn argumentative Rationalisierung in der Lebenswelt sozusagen vorbereitend etabliert wurde. Die politische Öffentlichkeit wäre dann so etwas wie ein Ausgreifen der Lebenswelt über die je spezifischen Situationen der Individuen hinaus – und auf diese Weise, so Habermas in einer eindrücklichen Formulierung, könnten auch „komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden“ (Habermas 1976, 92; vgl. 1981b, 147).

Die Pointe von Habermas' Argumentation lautet somit, dass eine am *Empirischen* ansetzende und gleichwohl *normative* Theorie öffentlicher Kommunikation notwendig ist, um die Bedeutung von Normativität bei der Strukturierung öffentlicher Kommunikation zur Gänze sichtbar zu machen. Die normativen Rationalitätskriterien, die Habermas für öffentliche politische Sprechakte entwickelt, sind kein Beiwerk oder Anhängsel seiner Theorie, sondern verweisen direkt auf die *materialen* Grundlagen von Normativität in Sprechakten: nämlich auf die symbolische Materialität sprachlicher Geltung als Set sozial institutionalisierter Konventionen, die zugleich ihrer eigenen Reflexion und Kritik offenstehen. Dementsprechend begreift Habermas die Stoßrichtung seiner Variante einer kritischen Gesellschaftstheorie denn auch als eine Analyse derjenigen Bedingungen, die *verhindern*, dass sich die in der Sprache angelegte argumentative Rationalität entfalten kann; Prozesse, die er als „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1981b, 522) durch die beiden gesellschaftlichen Subsysteme bezeichnet.

4 Gegenwartsdiagnostische Probleme des Habermas'schen Entwurfs

Habermas' Entwurf geht von den Massenmedien als Normalfall gesellschaftlicher Kommunikation aus. Dies zeigt sich nicht nur an seinem Interesse an früher massenmedialer Kommunikation (etwa in Form von Zeitschriften und Zeitungen) in *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, sondern auch daran, dass er die Massenmedien in der *Theorie des kommunikativen Handelns* als zwar ambig, aber grundsätzlich mit kommunikativer Rationalität kompatibel beurteilt: „*Medienöffentlichkeiten hierarchisieren und entschränken* den Horizont möglicher Kommunikationen zugleich; der eine Aspekt lässt sich vom anderen nicht trennen – und darin ist ihr *ambivalentes Potential* begründet“ (Habermas 1981b, 573; Hervorh. i. Orig.). Die unter dem Eindruck von Digitalisierungsprozessen erfolgende Transformation der „Medienöffentlichkeiten“ berührt daher unmittelbar die Anwendbarkeit und Aktualität der spezifischen Schwerpunktsetzung

der Habermas'schen Theorie der Öffentlichkeit, insbesondere derjenigen Merkmale, auf die ich im Folgenden näher eingehen möchte: (a) ein räumliches und homogenes Öffentlichkeitskonzept, welches zudem die Frage der Schließungsregel externalisiert; (b) eine Konsensorientierung, d. h. Praktiken der Kritik werden nur insoweit erfasst, als sie auf einen Konsens hin orientiert sind (dies ist ein maßgeblicher Unterschied zur früheren negativistischen Anlage der kritischen Theorie); und (c) ein Diskursrationalismus, der ein sehr enges Verständnis von Semiose aufweist, weil diese immer schon auf Handlungskoordination durch verständigungsorientiertes Handeln hin ausgerichtet sei.

Ad a) Seit Langem steht die Habermas'sche regulative Idee ‚der‘ Öffentlichkeit in der akademischen Kritik. So wurde vorgebracht, dass es die eine Öffentlichkeit nicht mehr gebe und vermutlich nie gegeben habe, sondern dass stattdessen von einer Pluralität öffentlicher Sphären auszugehen sei, die für einander Gegenöffentlichkeiten bilden. Dies wurde insbesondere für solche Öffentlichkeiten herausgearbeitet, die von der bürgerlichen, männlich dominierten, als minderwertig behandelt worden seien, etwa die öffentlichen oder halböffentlichen Praktiken von Frauen, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie queere und nichtweiße Räume (Fraser 1992; Benhabib 1992; Gilroy 1993). Die Cultural Studies betonten zudem, dass eine Verengung von Öffentlichkeit auf explizit politische Debatten die latente Politizität etwa von Unterhaltungsformaten unterbelichte (Göttlich 2017). In jüngerer Zeit gesellen sich hierzu Kritiken, die eher von segmentären Öffentlichkeiten ausgehen, welche sich unter den Bedingungen der Digitalisierung zunehmend als politisch wirkungsmächtig erweisen: Da digitale Kommunikationsmedien, im Unterschied zu den klassischen Massenmedien, keine eindeutige Zuordnung von Sender- und Empfängerrollen festschreiben, könnten sich Milieu- oder *Issue*-spezifische Kommunikationsnetzwerke ausbilden, deren potenzielle Wirksamkeit nicht durch einen Sphärenbegriff von Öffentlichkeit vorweggenommen werden könne (Haas 2004; Süssenguth 2017, 219–225). Gegen die latent raumtheoretische Sphärenmetaphorik lässt sich zudem einwenden, dass Öffentlichkeit eher als eine Folge von Praktiken des Veröffentlichens zu beschreiben sei, deren Reichweite ebenfalls nicht theoretisch vorfestgelegt werden sollte (Langenohl 2010). Einer der wichtigsten Impulse dieser Kritiken ist in dem Argument zu sehen, dass das Postulat einer normativen Leitidee kommunikativer Rationalität dazu führt, dass die vielfältigen Ausschlüsse, die ‚die‘ politische Öffentlichkeit produziert und reproduziert, innerhalb dieses Paradigmas nicht beobachtet werden können, gerade weil jeder empirische Ausschluss als Übergangsphase hin zu einer noch inklusiveren Öffentlichkeit relativiert werden kann. Dies ist eine Folge der modernisierungstheoretischen Teleologie bei Habermas, aus deren Sicht die ver-

schiedenen historischen Ausschlüsse aus ‚der‘ politischen Öffentlichkeit immer nur als schlussendlich überwundene Vorstufen fortschreitender kommunikativer Rationalität erscheinen (Langenohl 2006).

Ad b) Die Forschung hat zudem die von Habermas unterstellte Konsensorientierung kommunikativen Handelns, und damit den Aspekt der argumentativen Rationalität, kritisiert. Denn sie führt zu einer Delegitimierung kritischer Praktiken, denen keine derartige Konsensorientierung zugeschrieben werden – insbesondere solchen, die das Prinzip ‚Konsens‘ selbst als hegemoniale Struktur begreifen (Rancière 2002). Dieser Einwand wiegt schwer, denn er ist letztendlich direkt auf die Tradition der kritischen Theorie zurückzuverfolgen, in der Habermas sich ja erklärtermaßen bewegt. Hatten Theodor W. Adorno und Max Horkheimer stets betont, dass die kritische Theorie keinesfalls affirmativ sein dürfe, um nicht der Sachzwanglogik moderner kapitalistischer Gesellschaften zu verfallen (Horkheimer 1936; Adorno 1973), scheint Habermas genau eine solche Affirmation an das Prinzip Konsens einzufordern. Habermas kann daher nicht bestimmen, unter welchen Umständen sich die Konsensorientierung von einer regulativen Idee in eine hegemoniale Forderung transformiert. Sein Öffentlichkeitsmodell sieht radikale Proteste somit nicht vor und macht es deswegen auch unmöglich zu beurteilen, unter welchen normativen Gesichtspunkten solche radikalen Proteste betrachtet werden sollten. Die derzeitige Hilflosigkeit im Umgang mit radikalen Protesten und Kritiken, speziell mit solchen aus dem politisch weit rechten Lager, könnte daher auch eine unintendierte Nebenfolge eines Kritikmodus sein, der als legitime Kritik nur gelten lässt, was sich dem Erfordernis der Konsensorientierung unterordnet, und zwischen allen anderen Formen nicht normativ differenzieren kann. Dissens- und differenzorientierte Artikulationen erscheinen so alle als gleichermaßen irrational, egal ob sie von MigrantInnen und Geflüchteten, von FeministInnen, von Deutschnationalen, von Pegida oder von Gerold Hassknecht kommen.

Ad c) Der Rationalismus in Habermas' normativem Modell politischer Öffentlichkeit ist so häufig kritisiert worden, dass ich ihn hier nur stichpunktartig aufgreifen muss, allerdings mit dem Anspruch, einen neuen Aspekt an dieser Kritik zu identifizieren. Die Kritik läuft im Großen und Ganzen darauf hinaus, dass eine Reduktion politischer Öffentlichkeit auf kommunikativ rationalisierte Sprechakte immens weite und wichtige Teile öffentlicher Kommunikation und Repräsentation marginalisiere und depolitisiere, beispielsweise die Künste, aber auch die Unterhaltung. Dieser Kritik ist in Zeiten digitaler Kommunikation, die bildlichen Darstellungen weitaus mehr Raum gibt als die klassische politische Öffentlichkeit – von Fotos über Karikaturen und Videos bis hin zu den allgegenwärtigen Logos – sicherlich berechtigter denn je. Mir geht es hier da-

rum, dass alle diese Formen nicht-argumentativer Darstellung grundsätzlich sehr wohl eine derjenigen Kernfunktionen erfüllen können, die Habermas dem kommunikativen Handeln zuschreibt: nämlich Subjektivierungsprozesse von festgefahrenen Interessenskonstellationen abzulösen (Habermas 1981b, 115–117), und zwar *genau deswegen*, weil sie *nicht* den Status rationaler Argumentation beanspruchen (vgl. Gardiner 2004; Hirshkop 2004). Ihre ‚Verständigungsorientierung‘, wenn man diesen Begriff hier gebrauchen möchte, beruht nicht auf dem Imperativ einer hermeneutischen Durchdringung der Motive und Interessen Anderer wie beim kommunikativen Handeln, sondern auf einer Dezentrierung solcher Motive und Absichten, gleichviel welcher Art. Mit anderen Worten: Es geht diesen politisch-öffentlichen Praktiken vorwiegend um eine *Irritation* als Voraussetzung der Dezentrierung von Sichtweisen mit dem Ziel des Anstoßes ergebnisoffener Reorientierungsprozesse – und damit um eine Alternative zum rationalen und (um eine Formulierung von Habermas zu verdrehen) zwanglos zwanghaften Überzeugtwerden durch das bessere Argument.

5 Zwischenfazit: Kritiken an Habermas’ Öffentlichkeitsbegriff – Valorisierung seiner metatheoretischen Strategie

Mein Zwischenfazit lautet: Habermas’ Modell einer rational räsonierenden politischen Öffentlichkeit ist, versteht man es als Modell politischer Öffentlichkeit per se, mittlerweile in gegenwartsdiagnostische Kalamitäten geraten. Diese bestehen in folgenden Punkten (und diese Liste ist gewiss unvollständig): Erstens ist das raummetaphorische Modell der einen debattierenden Öffentlichkeit nicht mehr haltbar, nicht zuletzt deswegen, weil es seine eigenen Abschließungsregeln nicht kritisch zu adressieren vermag. Zweitens steht und fällt die Legitimität öffentlicher politischer Kritik nicht mit ihrer Orientierung an der Erreichung eines rationalen Konsenses; vielmehr sind Formen von Protest bereits im Vorfeld einer argumentativ durchrationalisierten Kritik in ihrer potenziellen Berechtigung und ihrer die Wahrnehmung ändernden Kraft als grundsätzlich berechtigt anzusehen, woraus sich das Problem ergibt, auch zwischen solchen ‚nichtrationalen‘ Protest- und Kritikformen und -semantiken normativ differenzieren zu müssen. Drittens blendet die Gleichsetzung von Diskursrationalismus und einem normativ engen Begriff von politischer Öffentlichkeit wichtige Teile der politisch effektiven Öffentlichkeit aus, insbesondere jene Teile, die als Voraussetzung von ‚Verständigung‘ auf Irritation setzen – und diese sind

gerade unter Bedingungen digitaler Kommunikation nach den Massenmedien stark angewachsen.

Insgesamt wird an den Entwicklungen ‚neuer Öffentlichkeiten‘ zunehmend unklar, wodurch sich ein normativer Begriff von Öffentlichkeit von der schieren Praxis des Veröffentlichens unterscheiden kann. Diese Problematik wurde virulent nicht nur durch die zahlreichen Kritiken, die an den exklusorischen Implikationen von Habermas‘ Modell ansetzten, sondern auch vor allem durch die ‚neuen Öffentlichkeiten‘ nach den Massenmedien, die die Norm eines rational räsonierenden, politischen öffentlichen Diskurses anzweifeln ließen und damit auch das normative Fundament eines unitären Konzepts von politischer Öffentlichkeit. Dies führt uns zum Ausgangsproblem zurück: Wenn der Bereich des Öffentlichen durch die Orientierung an bestimmten Normen konstituiert wird – wie auch immer man diese Normen *inhaltlich* beurteilen möchte – was wird dann aus ihr, wenn sie ihre Kontur verlieren?

Daher auch – dies ist der zweite Teil meines Zwischenfazits – ist die Kritik an Habermas nur das halbe Bild. Denn es gibt eine wichtige metatheoretische Kernkomponente in seinem Öffentlichkeitsmodell, eine Argumentation, die es erlaubt, normative Kriterien zur Beurteilung öffentlicher politischer Kommunikation zu gewinnen und zu reflektieren, und zwar nicht aus dem metaphysischen Nichts, sondern *aus einer Analyse der gesellschaftlich-materialen Praxis der Kommunikation selbst*. Daraus würde den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften die Aufgabe erwachsen, gegenwärtige, von klassischer massenmedialer Kommunikation sich stark unterscheidende Praktiken öffentlicher Kommunikation auf ihre normgenerierende, normtragende oder Normen reflektierende Bedeutung hin zu untersuchen.

6 Konsequenzen für eine gegenwartsdiagnostische kritische Theorie politischer Öffentlichkeit

Ich möchte daher in einem letzten Schritt versuchen, thesenhaft und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit einige Punkte zu benennen, an denen eine neue theoretische Rekonstruktion von Urteilsnormen öffentlicher politischer Kommunikation ansetzen könnte. Es geht darum, aus Praktiken, die mit politischer Öffentlichkeit jenseits des Habermas’schen Diskursrationalismus zu tun haben – also mit jenen oft bemühten ‚neuen Öffentlichkeiten‘ nach den Massenmedien – mögliche Ansatzpunkte einer Theoretisierung herauszuarbeiten, die

eventuell das Fundament einer normativen Theorie öffentlicher politischer Kommunikation neu legen können.

6.1 Nicht-Propositionalität

Habermas' Modell stützt sich auf die Dynamik von Sprechhandlungen als theoretischer Letztbegründung für ein normatives Öffentlichkeitsmodell, gepaart mit einem Modernisierungstheorem der Differenzierung von Lebenswelt und System. Die Kritiken an diesem Modell verneinen vor allem das Modernisierungstheorem und ersetzen es durch das Postulat pluraler Öffentlichkeiten, an die nicht immer die Anforderung argumentativer Rationalität herangetragen werden könne, weil letztere häufig mit Machtpositionen und Exklusionsstrategien assoziiert werden. Zugleich ist zu sehen, dass heutige medialisierte und digitalisierte Kommunikationsprozesse nicht nur durch kommunikative Sprachhandlungen, sondern auch durch Anrufungen, vor allem *bildliche*, funktionieren. Sie zeichnen sich zumeist eher dadurch aus, etwas zu zeigen, weniger, für etwas zu *argumentieren*. Gegenwärtige digitale Kommunikationspraktiken vernetzen sich untereinander oftmals weniger durch argumentativ stringente Debatten als eher durch die Multiplikation und Zirkulation bildlicher Oberflächen. Diese Bilder beanspruchen eine *Einsichtsfülle* für sich, die von Sprechakten nicht erreicht wird, beispielsweise durch Irritation. Sie kommentieren einander häufig, d. h. stellen füreinander Modifikationen und signifikante Bezüge dar (Schober 2019; Kautt 2019). Und doch handelt es sich bei Bildern nicht um Sprechakte, d. h. sie haben keinen mit einem Sprechakt vergleichbaren propositionalen Gehalt (Alexander 2008; Alexander und Bartmański 2012). Ihre symbolische Struktur besteht darin, Assoziationen und Imaginationen nahezulegen oder zu unterlaufen – nicht darin, Aussagen zu treffen oder zu widerlegen.

Daraus ergibt sich folgende Frage: Gibt es in der „Praxis des Zeigens“ (Wiesing 2013) bildlichen Materials, jenseits des Kriteriums rationaler Argumentation, eine Basis des Normativen und seiner Reflexion? Kann man abseits von immer relativ arbiträren Bestimmungen dessen, was gezeigt und was nicht gezeigt werden darf, eine intersubjektive Praxis des Zeigens theoretisch so rekonstruieren, dass normative Elemente als ihre Ermöglichungsbedingungen kenntlich werden? Liegt im Austausch assoziativer und imaginativer Bilder eine normative Dimension verborgen, die mit der normativen Struktur der Geltung sprachlicher Zeichen vergleichbar wäre? Vielleicht muss man an dieser Stelle wieder an die klassische Kritische Theorie anknüpfen, die sich weitaus stärker

für nicht-propositionale Formen der Repräsentation interessierte, etwa Gemälde, Filme und Musik.

6.2 Fiktionalität

Es ist in der letzten Zeit – Stichwort: Postfaktizität – immer wieder kritisiert worden, dass digitale Kommunikationswege politisch instrumentalisiert werden können, etwa durch die Verbreitung so genannter ‚fake news‘. Diese Kritik richtet sich damit gegen die Instrumentalisierbarkeit gerade des Internet für Zwecke politischer Desinformation, verharrt dabei jedoch in einem Gestus, der es als selbstverständlich erscheinen lässt, dass das Internet einzig dazu gedacht oder befähigt wäre, ‚Informationen‘ zu zirkulieren. Letztlich handelt es sich dabei vielleicht um eine Fortschreibung der ursprünglichen Nutzungsabsicht digitaler Kommunikationsnetze, die eine militärische war – nämlich die Aufrechterhaltung von Informationsflüssen in den US-amerikanischen Militärstreitkräften im Falle eines nuklearen Schlagabtauschs (Everard 2001). So gesehen ist das Aufklärungsversprechen des Internet von Anfang an vom Versprechen einer *militärisch* verstandenen Aufklärung überschattet gewesen – im Englischen *renaissance*, womit das Erkennen unverfälschter und belegbarer Fakten gemeint ist. Aufklärung im Sinne von *enlightenment* aber beschränkt sich hierauf nicht. Hierauf haben seit vielen Jahrzehnten die Cultural Studies hingewiesen, in ihrem Versuch, auch Unterhaltungsformaten eine politisch-aufklärerische Dignität abzugewinnen – eine Dignität, die gerade auch diejenigen Bevölkerungsschichten und -milieus, denen gesellschaftlichen Status begründendes Wissen vorenthalten bleibt, Möglichkeiten politischer Subjektivierung öffnet. Hierauf hat jüngst Udo Göttlich (2017) erneut hingewiesen, dem zufolge Unterhaltungsformate – und explizit auch *fiktionale* Formate – dem Publikum die Möglichkeit eröffnet, gesellschaftliche Zukünfte jenseits der Faktizität des Gegenwärtigen vorzustellen, anzustreben und zu öffnen.

Die Ansicht, dass es gerade fiktionale Formate sein könnten, die gesellschaftliche Zustände vielleicht sogar adäquater als akademische Sozialwissenschaft abzubilden und zu transformieren vermögen, ist keineswegs an die Gegenwart gebunden. Bereits im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Gesellschaftsromans, wusste man um diese imaginative Kraft der Fiktion; und wie die damaligen Debatten zeigten, war schon damals die „Problematik der Fiktionalität, gezeichnet von der Ambivalenz von Schöpfung und Lüge“ (Boy 2014, 301), ein großes Hindernis bei ihrer normativen Einordnung (Lepenies 2006). Die heutige Bezeichnung, dass einige Inhalte digitaler politischer Kommunikation ‚fiktiv‘ seien, ist daher nach zwei Seiten hin auflösbar: zur Seite der Unwahrheit

hin wie zur Seite der Imagination. Sie ist eine politisch nachvollziehbare Reaktion der Empörung angesichts unhaltbarer Postulate von PolitikerInnen – aber sie eignet sich nicht zur theoretischen Grundlegung von Normen für eine im hohen Maße die Imaginationskraft bedienende meta-mediale Infrastruktur, wie es digitale Kommunikation ist. Wie lässt sich für diese politisch-kulturelle Potenzialität fiktionaler Genres und Bedeutungsmodi eine normative Grundlegung finden? Ist in der Ausarbeitung und der Zirkulation von Fiktionen selbst ein normativer Mechanismus am Werk, der es ermöglichen würde, ‚Qualitätsnormen‘ von Fiktionen in der politischen Öffentlichkeit zu reflektieren?

6.3 Polemik

Gerade im Umfeld der Berichterstattung zur US-amerikanischen Präsidentschaftswahl 2016 – eine Wahl, die so stark wie nie von digitalen Formaten der ‚neuen Öffentlichkeiten‘ geprägt war – wurde häufig kritisiert, dass Gefühle gegen Fakten, *enthusiasmus* gegen Plausibilität ausgespielt würden. So war von emotionalisierten, ‚gefühlt‘ Formen politischer öffentlicher Kommunikation die Rede, die eine an Sachfragen orientierte Auseinandersetzung erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht hätten. Diese Sichtweise bezieht sich ganz evident affirmativ auf die Rationalitätsnorm öffentlicher Deliberation, wie sie von Habermas in Reinform vertreten wird. Aber sie hat zugleich eine wesentlich tiefer reichende Genealogie, wonach sich moderne demokratische Ordnungen seit ihrem Beginn in einem tiefen Misstrauen sich selbst gegenüber befanden. Befürchtungen, dass die demokratische und republikanische Ordnung der Gesellschaft durch Massenaffekte, durch das Diktat einer irrationalen öffentlichen Meinung oder durch die Tyrannie der Mehrheitsmeinung gefährdet seien, säumen die Geschichte der politischen Theorie nicht erst seit Alexis de Tocquevilles Reiseberichten über die „Demokratie in Amerika“, sondern seit zeitgenössischen Reflexionen über den politischen Charakter der *polis* (Flaig 2013). Derzeit erfahren diese Verfallsdiagnosen eine gegenwartsdiagnostische Aktualisierung, wenn etwa davon gesprochen wird, dass digitale Kommunikation auf ein bloßes Hinausposaunen unbegründeter Meinungen hinauslaufe und dass der bevorzugte Stil politischer Auseinandersetzung im digitalen Zeitalter der Shitstorm sei.¹

¹ Siehe die kritische Diskussion solcher Positionen bei Wiestler und Barth 2017 sowie Barth und Wagner 2019.

Jedoch ignoriert diese Kritik die konstitutive Bedeutung polemischer Kommunikation in der Verfassung demokratischer Öffentlichkeiten. Auf sie hat Volker Heins (1999) hingewiesen. Gemeint ist hier die Verbindung eines Einsetzens für eine politische Sache aus rationalen Gründen mit einem persönlichen und *leidenschaftlichen* Bekenntnis zu ihr, welches die jeweils vertretene politische Sache als vernünftig, sachangemessen *und zugleich* als die individuell-persönliche Position kenntlich macht. Während der Diskursrationalismus streng entlang einer performativen Logik verfährt, die am Ende – aufgrund des besagten „zwangslosen Zwang[s] des besseren Arguments“ (Habermas 1972, 137) – nur *eine* Position als überhaupt angemessen und möglich übrig lässt, denkt die performative Logik polemischer politischer Kommunikation immer die Möglichkeit einer Entscheidung gegen *eine universalistische Position* mit. In anderen Worten: Die polemische Komponente, das Bekenntnishaft politischer Kommunikation, kann eine Weise sein, die Alternativen und den Gestaltungsspielraum politischer Entscheidungen aufzuzeigen. Sie kann somit dazu beitragen, das Konstruierte hinter politischen Gegebenheiten zu erkennen und Möglichkeiten von kollektiven Entscheidungen gegen den Sachzwang aufzuzeigen. Heins entwickelt in einer Diskussion von Max Webers ambivalenter Haltung zu politischen Emotionen das Argument, dass Webers Affirmierung politischer Emotionen auf eine Einforderung von Nervenstärke (Heins 1999: 97) hinausliefe – Nervenstärke bei der unvermeidlichen Aufladung politischer Sachfragen mit Fragen politischer Subjektivität. Emotionen und Polemik verweisen, so meine Auslegung dieses Arguments, daher nicht zwingend auf irrationale Entgleisungen politischer Sachdebatten, sondern ermöglichen in genuiner Weise, zwischen politischer Sachlogik, die die Möglichkeit verschiedener Sichtweisen mitlaufen lässt, und apolitischer Sachzwanglogik zu unterscheiden.

Die Perspektive auf politische Emotionen und Polemik bietet somit eine dritte Möglichkeit, normative Grundlagen der öffentlich-politischen Kommunikation jenseits des Diskursrationalismus zu identifizieren. Die Frage lautet: Ist politischer Kommunikation in Form der Polemik eine eigene normative Dimension eingeschrieben? Und wie lassen sich Normen zur Beurteilung der Legitimität von politischen Emotionen reflektieren, ohne die irreführende Unterscheidung zwischen politischer Rationalität und apolitischer Emotionalität zu reproduzieren?

7 Fazit

Die gegenwärtige Krise politischer Öffentlichkeit ist nicht zuletzt eine Krise ihrer Urteilsnormen. Habermas' Öffentlichkeitsentwurf bietet in dieser Lage, und trotz aller Kritik an ihm, einen analytisch wertvollen Ansatzpunkt, der der Formulierung und Reflexion von Urteilsnormen öffentlicher politischer Kommunikationen ein sozialtheoretisches Fundament bietet, das insbesondere in der Rekonstruktion der Normativität der sozialen Praxis besteht. In der Konstellation nach den Massenmedien wird indes auch deutlich, dass politische Kommunikation weder in normativer noch in theoretischer Hinsicht auf rational-argumentative Deliberation in den herkömmlichen Massenmedien reduziert werden kann. Ich habe ohne Anspruch auf Vollständigkeit versucht, stichwortartig drei Praxissdimensionen solcher ‚neuer‘ politischer Öffentlichkeiten aufzuzeigen, die hinsichtlich der ihnen zugrundeliegenden normativen Grundlagen sowie der hieraus ableitbaren Reflexionsformen befragt werden können: die Praxis nichtpropositionaler Kommunikation im Unterschied zur Praxis des Argumentierens; die fiktionale Darstellung im Unterschied zum Anspruch der Darstellung des Faktischen; und die polemisch-emotionale politische Positionierung im Unterschied zu einem universalistischen ‚view from nowhere‘. Die Durchführung einer solchen Analyse wäre die Aufgabe eines umfangreichen, interdisziplinären Forschungsprogramms. Gelänge sie, bestünde Anlass zur Hoffnung, ‚neue Öffentlichkeiten‘, jenseits aller pauschalen Verfallsdiagnosen, in ihrer genuin *politischen* Dignität einordnen, wertschätzen und aufwerten zu können.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. *Negative Dialektik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1973.
- Alexander, Jeffrey und Dominik Bartmański. „Introduction: Materiality and Meaning in Social Life: Toward an Iconic Turn in Cultural Sociology“. *Iconic Power: Materiality and Meaning in Social Life*. Hg. Jeffrey Alexander, Dominik Bartmański und Bernhard Giesen. New York/Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2012. 1–12.
- Alexander, Jeffrey. „Iconic Experience in Art and Life: Surface/Depth Beginning with Giacometti's Standing Woman“. *Theory, Culture & Society* 25.5 (2008): 1–19.
- Arendt, Hannah. *On Revolution*. New York: Penguin. 2006 [1963].
- Barth, Niklas und Elke Wagner. „Die schrille Polyphonie aufrichtiger Meinungen – zur Medialität einer Netzwerkmoral“. *Moralische Kollektive. Theoretische Grundlagen und empirische Einsichten*. Hg. Stefan Joller und Marija Stanislavljevic. Wiesbaden: Springer VS, 2019. 215–247.

- Benhabib, Seyla. „Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas“. *Habermas and the Public Sphere*. Hg. Craig Calhoun. Cambridge, MA/London: MIT Press, 1992. 73–98.
- Bernstein, Richard J. „The normative core of the public sphere“. *Political Theory* 40.6 (2012): 767–778.
- Boy, Nina. „Öffentlichkeit als public credit“. *Finanzmarktpublika. Moralität, Krisen und Teilhaberei in der ökonomischen Moderne*. Hg. Andreas Langenohl und Dietmar J. Wetzel. Wiesbaden: Springer VS, 2014. 301–317.
- Boyd, Danah. „Social network sites as networked publics: affordances, dynamics and implications“. *A Networked Self: Identity, Community and Culture on Social Network Sites*. Hg. Zizi Papachristi. New York/London: Routledge, 2010. 39–58.
- Durkheim, Émile. *Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1999.
- Everard, Gerald. *Virtual States. The Internet and the Boundaries of the Nation-State*. London/New York: Routledge, 2001.
- Flaig, Egon. „To Act with Good Advice: Greek Tragedy and the Democratic Political Sphere.“ *The Greek Polis and the Invention of Democracy: A Politico-cultural Transformation and Its Interpretations, First Edition*. Hg. Johann P. Arnason, Kurt A. Raaflaub und Peter Wagner. John Wiley, 2013. 71–98.
- Fraser, Nancy. „Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy“. *Habermas and the Public Sphere*. Hg. Craig Calhoun. Cambridge, MA/London: MIT Press, 1992. 109–142.
- Gardiner, Michael A. „Wild Publics and Grotesque Symposiums: Habermas and Bakhtin on Dialogue, Everyday Life and the Public Sphere“. *After Habermas: New Perspectives on the Public Sphere*. Hg. Nick Crossley und John M. Roberts. Oxford/Malden: Blackwell, 2004. 28–48.
- Gesellschaft für deutsche Sprache. „GfdS wählt ‚postfaktisch‘ zum Wort des Jahres 2016“. *Websseite der GfdS*, 9. Dezember 2016. <https://gfds.de/wort-des-jahres-2016/> (15. Juli 2020).
- Gilroy, Paul. *The Black Atlantic: Modernity and Double Consciousness*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 1993.
- Göttlich, Udo. „Öffentlichkeit durch Unterhaltung. Krise der Öffentlichkeit oder Herausforderungen der Öffentlichkeitstheorie?“. *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*. Hg. Kornelia Hahn und Andreas Langenohl. Wiesbaden: Springer VS, 2017. 115–132.
- Habermas, Jürgen. „Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?“ *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1976. 92–126.
- Habermas, Jürgen. „Wahrheitstheorien“. *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1972. 127–183.
- Habermas, Jürgen. *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied/Berlin: Luchterhand, 1962.
- Habermas, Jürgen. *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationale und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1981a.
- Habermas, Jürgen. *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1981b.
- Hahn, Kornelia und Andreas Langenohl. „Zur Einführung: Brauchen wir ein neues Öffentlichkeitskonzept für dynamische (Medien-)Gesellschaften?“ *Kritische Öffentlichkeiten – Öf-*

- fentlichkeiten in der Kritik. Hg. Kornelia Hahn und Andreas Langenohl. Wiesbaden: Springer VS, 2017. 1–20.
- Heins, Volker. „Demokratie als Nervensache. Zum Verhältnis von Politik und Emotion bei Max Weber“. *Masse – Macht – Emotionen. Zu einer politischen Soziologie der Emotionen*. Hg. Ansgar Klein und Frank Nullmeier. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999. 89–101.
- Hirshkop, Ken. „Justice and Drama: On Bakhtin as a Complement to Habermas“. *After Habermas: New Perspectives on the Public Sphere*. Hg. Nick Crossley und John Roberts. Oxford/Malden: Blackwell, 2004. 49–68.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno. *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer, 1992 [1944].
- Horkheimer, Max. „Traditionelle und kritische Theorie“. *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*. Frankfurt a. M.: S. Fischer, 1992 [1937]. 205–259.
- Kautt, York. *Soziologie visueller Kommunikation. Ein sozialökologisches Konzept*. Wiesbaden: Springer VS, 2019.
- Langenohl, Andreas. „Imaginäre Grenzen. Zur Entstehung impliziter Kollektivcodierungen in EU-Europa.“ *Berliner Journal für Soziologie* 20.1 (2010): 45–63.
- Langenohl, Andreas. „Norm und Wahrheit. Soziologische Merkmale von Wahrheitsszenen“. *Zeitschrift für Kulturphilosophie* 2 (2014): 235–245.
- Langenohl, Andreas. „Öffentlichkeit und politisch-kulturelle Differenz in Europa: Jenseits von Kulturalismus und Anti-Kulturalismus“. *Demokratisches Regieren und politische Kultur. Post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal?* Hg. Kathrin Ruhl, Jan Schneider, Jutta Träger und Claudia Wiesner. Münster: Lit, 2006. 177–197.
- Lepenes, Wolf. *Die zwei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*. Frankfurt a. M.: S. Fischer, 2006 [1985].
- Lindner, Rolf. *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1990.
- Luhmann, Niklas. *Die Realität der Massenmedien*. 2., erw. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.
- Negt, Oskar und Alexander Kluge. *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1972.
- Park, Robert. „Sociology and the Social Sciences“. *Introduction to the Science of Sociology*. Hg. Robert Park und Ernest Burgess. Chicago: University of Chicago Press, 1924. 1–63.
- Rancière, Jacques. *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2002.
- Riesman, David. *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*. Hamburg: Rowohlt, 1958.
- Romahn, Boris. „Renaissance der public sphere? Öffentlichkeit ‘als Ziel und Mittel neuerer marktkritischer Bewegungen“. *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive*. Hg. Wolfgang Langenbucher und Michael Latzer. Wiesbaden: Springer VS, 2006. 352–377.
- Rosanvallon, Pierre. *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Aus dem Französischen von Thomas Laugstien*. Hamburg: Hamburger Edition, 2010.
- Schober, Anna. „Introduction“. *Popularisation and populism in the visual arts. Attraction images*. Hg. Anna Schober. London/New York: Routledge, 2019. 1–17.
- Spencer, Herbert. „Social Growth/Social Structures“. *The Principles of Sociology*, Vol. 1, Third edition. Hg. Herbert Spencer. Edinburgh: Williams & Norgate, 1885. 451–472.

- Süssenguth, Florian. „Ist das Öffentlichkeit oder kann das weg? Zum politischen Umgang mit Netzkommunikation“. *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*. Hg. Kornelia Hahn und Andreas Langenohl. Wiesbaden: Springer VS, 2017. 213–236.
- Tocqueville, Alexis de. *Democracy in America*. Vol 2. London: Saunders and Otley, 1835.
- Weber, Max. „Zwischenbetrachtung: Theorie der Stufen und Richtungen religiöser Welttableitung“. *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920*. Hg. Helwig Schmidt-Glintzer. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1999. 209–233.
- Wiesing, Lambert. *Sehen lassen: Die Praxis des Zeigens*. Berlin: Suhrkamp, 2013.
- Wiestler, Dinah und Niklas Barth. „Le public et la foule. Praktiken des Massenhaften und die Entstehung digitaler Öffentlichkeit (en) auf Facebook“. *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*. Hg. Kornelia Hahn und Andreas Langenohl. Wiesbaden: Springer VS, 2017. 159–184.
- Williams, Raymond. *Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen Semantik von „Kultur“*. München: Rogner und Bernhard, 1972 [1958].

